

## Steinwürfe auf Haus von Politikerin der Linken

**Limbach-Oberfrohna.** In den vergangenen Tagen ist das Wohnhaus der Linken-Stadträtin Elisa Grobe in Limbach-Oberfrohna (Landkreis Zwickau) zweimal von Unbekannten angegriffen worden. Der für politisch motivierte Straftaten zuständige Staatsschutz ermittelt, wie die Polizei am Mittwoch auf Nachfrage erklärte. Demnach warfen Unbekannte in der Nacht zum Sonntag mit einem Stein ein Fenster des Hauses ein. Zu diesem Zeitpunkt befand sich die Politikerin laut Polizei nicht im Haus, jedoch laut „Freie Presse“ der Bruder der Politikerin. „Er hat mich kurz nach Mitternacht angerufen. Ich war auf einer Veranstaltung und bin sofort nach Hause gefahren. Vor dem Haus haben wir mehrere größere Kieselsteine auf der Straße gefunden“, sagte Grobe der Zeitung. Nach Angaben der Polizeisprecherin erstattete Grobe zunächst nicht selbst Anzeige.

In der Nacht auf Dienstag warfen dann erneut Unbekannte einen Stein durch ein geöffnetes Fenster des Hauses. Bei beiden Angriffen wurde niemand verletzt. Danach erstattete Grobe selbst Anzeige.

Unter anderem die Linken-Stadträtin in Chemnitz, Carolin Juler, zeigte sich solidarisch mit Grobe. „Ein Angriff auf eine politisch aktive Frau, die sich für antifaschistische Werte einsetzt, ist ein direkter Angriff auf die demokratischen Prinzipien und die Gleichstellung der Geschlechter“, teilte sie in einem Statement mit.

## Frostschäden: Hilfen für Obstbauern

**Dresden.** Gut einen Monat nach den immensen Frostschäden hat der sächsische Umweltminister finanzielle Hilfen für die sächsischen Obst- und Weinbaubetriebe in Aussicht gestellt. „Ich stehe fest zum sächsischen Obst- und Weinbau. Es wird entschlossene Hilfen geben“, sagte Wolfram Günther (Grüne) laut einer Mitteilung vom Mittwoch. „Die Schäden sind dramatisch hoch, die Branche braucht Hilfe, die wird sie bekommen“.

Derzeit werden die konkreten Schäden erfasst. „Die Schadenssummen hängen auch davon ab, ob Obst, das nach einem zweiten Austrieb eventuell in geringer Menge nachwächst, überhaupt vermarktet ist, oder ob Nachtriebe im Weinbau noch geringe Entmengen bringen“, erläuterte Günther. „Wir prüfen aktuell gemeinsam mit den anderen Ressorts alle infrage kommenden Unterstützungsmöglichkeiten. Das Kabinett wird so schnell wie möglich den notwendigen Beschluss dazu fassen“.

In der Nacht zum 23. April waren in den sächsischen Obst- und Weinbaugebieten die Temperaturen flächendeckend und über mehrere Stunden auf bis zu minus sieben Grad in Bodennähe gesunken. Zwar sind Nachfröste in der zweiten Aprilhälfte nicht ungewöhnlich, doch aufgrund der zuvor warmen Temperaturen hatte die Blüte bei den Obstbäumen und Weinreben besonders früh begonnen und war Ende April bereits weit fortgeschritten. Daher waren die Pflanzen besonders anfällig für Schäden.

### GEWINNZAHLEN

**Lotto am Mittwoch**  
Mittwochslos: 8-9-10-15-38-47  
Superzahl: 4  
Spiel 77: 0 4 3 8 7 9 1  
Super 6: 7 0 5 1 3 7

**Eurojackpot**  
Gewinnzahlen 5 aus 50:  
7-23-31-33-38  
Eurozahlen 2 aus 12: 10-11  
(alle Angaben ohne Gewähr)



Angeregte Diskussionen mit Unternehmerinnen und Unternehmern beim Europawahlforum der IHK in Leipzig. FOTOS (7): ANJA JUNGNICHEL

# „Brüssel scheint weit weg – das ist grundfalsch“

Wie kann aus Investitionszurückhaltung wieder Investitionszuversicht werden – darum ging es unter anderem beim Europawahlforum der IHK in Leipzig. Geladen waren Kandidaten von sechs Parteien.

Von Andreas Dunte

**Leipzig.** „Ohne Investitionen kein Wachstum.“ Mit diesem Satz eröffnet Fabian Magerl, Hauptgeschäftsführer der IHK zu Leipzig, das Wahlforum. Was harmlos klingt, hat einen ernsten Hintergrund. Denn heimische Unternehmen drehen aktuell den Euro dreimal um, bevor sie ihn in neue Anlagen, Verfahren, die Digitalisierung oder neue Geschäftsmodelle investieren, wie eine aktuelle Konjunkturumfrage der IHK Leipzig zeigt. Generell hinkt Europa bei den Investitionen im Vergleich etwa mit China oder den USA hinterher.

„Für viele scheint Brüssel weit weg zu sein“, so Fabian Magerl. Aber das sei grundfalsch. Denn rund 80 Prozent aller Verordnungen und Richtlinien in Deutschland werden heute durch EU-Recht bestimmt. Für welche Politik wollen die einzelnen sächsischen Kandidaten streiten, wenn sie denn gewählt werden und den Einzug ins Europäische Parlament schaffen? Um das herauszufinden, luden Sachsen Industrie- und Handelskammern zum Europawahlforum ins IHK-Gebäude nach Leipzig. Den Fragen der Unternehmen stellten sich Anna Cavazzini (Grüne), Oliver Schenk (CDU), Matthias Ecke (SPD), Martin Schirdewan (Linke), Stefan Richter (FDP) und Siegbert Droese (AfD).

Während bei ähnlichen Wahlveranstaltungen die Kandidaten jetzt gefragt werden, ob die Vorgaben durch Brüssel von Vor- oder Nachteile für die heimische Wirtschaft sind, schickt der Moderator des Abends Helge-Heinz Heinker die Politiker an die im Saal verteilten Tische. Denn das IHK-Wahlforum wählte statt dem klassischen Podiumsgespräch lieber das Format World-Café, bei dem sich das Publikum zu den Kandidaten an die Tische setzt und mit ihnen diskutiert. Nach einer gewissen Zeit rückt man weiter zum nächsten Kandidaten.

**Matthias Ecke (SPD): „Förderung von Bürokratie befreien“**

Für den SPD-Politiker Matthias Ecke ist es der erste öffentliche Wahlkampfauftritt nach der Attacke auf ihn. Ecke (41) war bei einem Überfall in Dresden attackiert und krankenhaushausreif geschlagen worden. „Wir alle tragen Verantwortung für das politische Klima, lassen Sie uns konstruktiv miteinander umgehen“, mahnt der regionalpolitische Sprecher der Europa-SPD.

Eine der Errungenschaften der EU sei der Green Deal, so Ecke, der Mitglied im Industrieausschuss des EU-Parlaments ist. Europa mache Fortschritte auf dem Weg zur Klima-

neutralität. Allerdings sei man nicht ganz auf Kurs, die Zwischenziele für 2030 zu erreichen. Zusätzliche nationale und europäische Maßnahmen werden dafür nötig sein.

Rede und Antwort muss der in Meerane (Landkreis Zwickau) geborene Politiker zur Förderpolitik der EU stehen, die als zu kompliziert und willkürlich angesehen wird. Die EU-Gelder gehen laut Ecke nicht in goldene Bürgersteige, sondern befördern vordringlich den ökologischen Wandel oder die Digitalisierung. Etwa durch den Strukturfonds würden Unternehmen unterstützt und neue Jobs geschaffen. Klar sei aber auch, dass die Förderung von überbordender Bürokratie befreit werden muss. Außerdem müssten die Strukturfonds flexibler werden, damit Regionen, die von der Transformation besonders betroffen sind, nicht abrutschen.

**Anna Cavazzini (Grüne) verteidigt Lieferkettengesetz**

Die 41-jährige Anna Cavazzini (Grüne) sitzt seit 2019 für die Grünen im EU-Parlament. Als Vorsitzende des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz setzte sie sich dafür ein, dass der European Green Deal für Verbraucher konkret werde. So gehe es der gebürtigen Hessin, wie sie sagt, um ein Recht auf Reparatur, langlebigere Produkte und Kreislaufwirtschaft. Die Zeiten würden schwieriger, da immer mehr Produkte etwa aus China nicht den europäischen Standards entsprechen. Der Zoll werde der Flut des Onlinehandels kaum Herr.

Eigentlich ein abendfüllendes Thema, doch die Gäste des Forums interessiert viel mehr, warum es in der EU nicht endlich einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz in der Gastronomie gibt. Oder was die Grüne unternehmen will, um das Lieferkettengesetz zu entschärfen. Die Zielsetzung des Gesetzes teile man, so einige Unternehmer, aber in der Praxis Sorge es für Schwierigkeiten. Theoretisch müssten nur große Unternehmen die Anforderungen des Gesetzes erfüllen. Doch faktisch seien auch kleinere Betriebe betroffen.

Sie stehe hinter dem Gesetz, so die Grünen-Politikerin. Es soll Kinderarbeit verhindern und Umweltstandards setzen. Das Gesetz sei kein Bürokratiemonster, versichert sie. Man habe Augenmaß bewiesen. „Kein Unternehmen muss Unmögliches leisten.“

**Stefan Richter (FDP) plädiert für die Schuldenbremse**

Bäckermeister Stefan Richter (FDP) führt eine Bäckerei in Kubschütz (Landkreis Bautzen) in fünfter Ge-



Matthias Ecke (SPD).



Anna Cavazzini (Grüne).



Stefan Richter (FDP).



Oliver Schenk (CDU).



Martin Schirdewan (Linke).



Siegbert Droese (AfD).

neration. Bevor er nach Leipzig aufgebrochen sei, habe er noch am Morgen in der Backstube gestanden und Brot gebacken. Viele der Unternehmer hören es gern, dass er sich in Brüssel für die kleinen und mittleren Betriebe stark machen und gegen Bürokratie und Regulierungsfantasten aufbegehren will. Zukunftsaufgaben wie die Versorgungssicherheit oder der Klimaschutz könnten ohne Mittelstand und Handwerk nicht bewältigt werden.

Wie an den anderen Tischen ging es auch bei dem Mitglied der Partei von Bundesfinanzminister Christian Lindner um die Schuldenbremse, auch wenn das ein nationales Thema ist. Er sehe einen großen Investitionsbedarf etwa an Schulen, Kitas oder bei der Infrastruktur. „Ich bin für Investitionen, die die Wirtschaft antreiben“, so Richter. Zugleich gibt er zu bedenken: „Ist der Sack erst einmal offen, werden Wahlschenke ohne Ende verteilt.“ Deshalb verteidige er Lindners harten Kurs in der Frage. Und auch auf EU-Ebene sollte sich durchsetzen, dass nur das ausgegeben werden kann, was zuvor erwirtschaftet wurde.

**Oliver Schenk (CDU) warnt vor Problemen für die Autoindustrie**

Für Sachsens Staatskanzleichef Oliver Schenk (CDU) gilt es, Europa als Friedens- und Wohlstandsprojekt zu verteidigen. Der Freistaat habe einem freien Europa viel zu verdanken, sagt Schenk, der 1968 in Dachau geboren wurde. Sachsen sei heute eine der europäischen Spitzenregionen in wichtigen Bereichen.

Allerdings zeigten jüngste Beispiele, dass Erfolge nicht in Stein gemeißelt seien. So könnten wie schon bei der Solarindustrie auch über der Autoindustrie dunkle Wolken aufziehen. Schenk lenkt den Blick nach Übersee. Die USA werfen China vor, mit verbilligten Produkten die Märkte zu fluten, und haben deshalb die Einfuhrzölle auf Produkte aus China – darunter E-Autos, Halbleiter und Solarzellen – erhöht. „Der Verlierer könnte am Ende die EU sein“, so Schenk. Brüssel müsse besonders reagieren, Gegenmaßnahmen dürften nicht zu einer Protektionismus-Spirale führen.

Schenk, der 2017 Chef der Staatskanzlei wurde und zuvor im Bundesgesundheitsministerium arbeitete, gilt als Vertrauter von Ministerpräsident Michael Kretschmer. Wie der stehe er für Besonnenheit in Energiefragen und für Technologieoffenheit, statt einem Verbrennerverbot. Sachsen wolle Veränderungen in der EU. Es benötige weniger Bürokratie, mehr Investitionen in Forschung und Infrastruktur sowie die Stärkung der Regionen

und Länder bei Entscheidungsprozessen.

**Martin Schirdewan (Linke) für öffentliche Investitionen**

Der gebürtige Berliner Martin Schirdewan (Linke) steht, wie er sagt, für einen radikalen Politikwechsel. Statt Kürzungen will er massive öffentliche Investitionen. Die Wirtschaft müsse gestärkt werden. Die Zeichen stünden nicht gut, sagt der Linken-Politiker und verweist auf eine neue Studie, wonach die USA Deutschland und Europa bei der Produktivität weit hinter sich gelassen haben. „Da müssen wir gegensteuern.“ In der EU werde noch zu oft nur Politik für die Konzerne gemacht. Er wolle in Brüssel für den deutschen Mittelstand werben.

Die hohen Energiekosten sind den Unternehmern ein Dorn im Auge. Ein Grund dafür sei der Zertifikatehandel, muss sich Schirdewan anhören. Die deutlich gestiegenen Preise im europäischen Emissionshandel für Treibhausgase führten zu spürbaren Zusatzkosten für die Industrie. Sie seien fünfmal höher als in den USA. Schirdewan zeigt sich interessiert. Er wolle sich dafür einsetzen, dass der Zertifikatehandel neu gedacht wird. Wie er generell daran arbeite, dass Wettbewerbsvorteile in der EU abgebaut werden.

**Siegbert Droese (AfD) für weniger Gesetze aus Brüssel**

Der 54-jährige Leipziger Siegbert Droese (AfD) nennt die EU ein Bürokratiemonster. Die AfD wolle weniger Gesetze aus Brüssel, dafür mehr Kompetenzen auf nationaler Ebene durchsetzen. In Energiefragen vermisse er ein einheitliches Handeln der Mitgliedstaaten. So würden nach seiner Kenntnis zahlreiche Staaten noch immer russisches Erdgas beziehen, Deutschland hingegen nicht, was zu einer Wettbewerbsungleichheit geführt habe und Deutschland schwäche. Auf EU-Ebene wolle er sich, falls er gewählt wird, für eine Belieferung mit russischem Erdgas spätestens nach Ende des Ukrainekriegs starkmachen. Nord Stream II müsse repariert werden. So könne die Wettbewerbsfähigkeit Europas gestärkt werden.

Ob Zufall oder nicht: Beim dritten Wechsel der Gesprächsrunden sitzt der AfD-Politiker fast allein an seinem Tisch, während sich die Runden an den anderen Tischen vergrößert haben. Eine Erklärung dafür hat IHK-Hauptgeschäftsführer Magerl nicht. Er sagt nur, man könne den Unternehmern nicht Vorschriften machen, an wen sie ihre Fragen richten. Generell wird das Format des Wahlforums als Gewinn bezeichnet.